

Wir Steirer

konkret-kritisch-freiheitlich



FPÖ DIE SOZIALE HEIMATPARTEI



Die **FPÖ** Birkfeld wünscht euch einen
erholsamen Sommer!

Impressum: FPÖ Bezirkspartei Weiz, Lederergasse 12, 8160 Weiz | Tel: 03172/30654 Mobil: 0664/3528059 E-Mail: weiz@fpoe-stmk.at
Politische Information | LAbg. BezPO GK Erich Hafner Mobil: 0664/4658914 E-Mail: erich.hafner@fpoe.at

Steirerland in Steirerhand



**Liebe
Gemeindegänger!**

gleich viel bekommen wie eine alleinstehende Person als Mindestsicherungsbezieher in Österreich, also 837,76 Euro im Monat. Hier geht es vor allem um die Wertschätzung der Erziehenden und eine „echte“ Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung. Eine genaue Erklärung des „Berndorfer Modells“ findet ihr auf Seite 4 der Aussendung.

ASZ NEU

In der letzten Gemeinderatssitzung am 30. Juni haben wir einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Förderung der familieninternen Kindererziehung durch das ‚Berndorfer Modell‘“ eingebracht. Das Ziel ist die Wahlfreiheit in der Kinderbetreuung. Neben der Errichtung und Finanzierung von Krippenplätzen soll die innerfamiliäre Betreuung nicht benachteiligt werden. Aus diesem Grund soll der betreuende Elternteil

In den letzten Tagen und Wochen wurde sehr viel über den Bau eines neuen Altstoffsammelzentrums für die gesamte Großgemeinde Birkfeld diskutiert. Nach Besichtigung der bestehenden Zentren in den Ortsteilen sehen wir jedoch nicht die Notwendigkeit, dieses Projekt in Angriff zu nehmen. Fraglich ist auch, woher unsere Gemeinde überhaupt das Geld für diese immense In-

vestition nehmen soll, wo doch vor einem halben Jahr erst der Verkauf der Gemeindegewohnungen in der Rüsthausstraße (gegen unsere Stimmen) aufgrund zu hoher Sanierungskosten beschlossen wurde. Außerdem wurde als ein möglicher Standort des neuen ASZ ein Grundstück in Waisenegg, welches sich direkt neben einer Siedlung und an der Landesstraße befindet, genannt. Ein solcher Standort ist keineswegs die richtige Wahl für den Erbau eines Altstoffsammelzentrums. Eher sollten solche Flächen genutzt werden, um neue Wohnmöglichkeiten für unsere Jugend zu schaffen, damit der sogenannten Landflucht entgegengewirkt werden kann.

Euer Vzbgm. Patrick Derler
0676/5831240
patrick-derler@gmx.at

Vielen Dank für eure Unterstützung bei der Bundespräsidentenwahl 2016!

Ergebnisse Bundespräsidentenwahl 2016 - Stichwahl - 22. Mai 2016

Wahlsprengel	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung	Abgegebene Stimmen	gültig	ungültig	Ing. Norbert Hofer		Dr. Alexander Van der Bellen	
						Stimmen	in %	Stimmen	in %
1 - Birkfeld	1356	58,48%	793	760	33	409	53,82%	351	46,18%
2 - Gschaid	748	66,31%	496	484	12	352	72,73%	132	27,27%
3 - Haslau	369	66,67%	246	235	11	172	73,19%	63	26,81%
4 - Koglhof	869	58,34%	507	480	27	334	69,58%	146	30,42%
5 - Piregg	255	72,55%	185	172	13	140	81,40%	32	18,60%
6 - Waisenegg	666	64,41%	429	405	24	297	73,33%	108	26,67%
	4263	62,30%	2.656	2.536	120	1.704	67,19%	832	32,81%

Wahlberechtigte: 4.263

Wahlbeteiligung (ohne Wahlkarten): 62,30 Prozent

Wahlkarten ausgegeben: 572

Wahlbeteiligung inkl. Wahlkarten: 75,72 Prozent

Auszüge aus dem Gemeinderat

Dringlichkeitsantrag FPÖ

Die Freiheitliche Fraktion hat einen Dringlichkeitsantrag zum Thema „Förderung der familieninternen Kindererziehung durch das ‚Berndorfer Modell‘“ eingebracht. Eine nähere Erklärung des Antrags befindet sich auf Seite 4 der Aussendung. Der Antrag wurde gegen die Stimmen von SPÖ und Teilen der ÖVP abgelehnt und nicht zur Tagesordnung zugelassen.

Fragestunde

GR Ebner: Gibt es bereits eine Prioritätenliste für die Sanierung der Gemeindestraßen?

Bgm. Derler: Ja, es gibt eine Liste, diese ist aber dreimal so lang wie die Finanzierbarkeit. Der Ausschuss soll darüber beraten.

GV Pfeifer: Gibt es bereits nähere Informationen zum neuen Pächter der Tennishalle?

Bgm. Derler: Näheres dazu in meinem Bericht.

GR Zink: Wie ist der aktuelle Status beim geplanten ASZ Neu in Waisenegg?

Bgm. Derler: Näheres dazu in meinem Bericht.

GV Pfeifer: Warum findet die INTERMUSICA heuer nicht statt?

GR Schabereiter: Der finanzielle Aufwand war in den letzten Jahren zu groß. Darum gibt es eine einjährige Nachdenkpause, wie es in Zukunft weitergehen soll.

GR Gangel M.: Stimmt es, dass der Bauhof in Koglhof verkauft wird?

Bgm. Derler: Es liegt ein Angebot für jenen Teil vor, der nicht als Bauhof geführt wird.

Vzbgm. Derler: Gibt es im Bezug auf die Handelskette „Hofer“ Neuigkeiten?

Bgm. Derler: Es gibt Einsprüche gegen die bereits gefassten Beschlüsse. Diese werden in der nächsten oder übernächsten Gemeinderatssitzung Thema werden.

Bericht des Bürgermeisters

Pächter Tennishalle

Ab 1. September 2016 gibt es eine neue Pächterfirma, die „Unterberger Gastro KG“. Diese hat Herr Christian Unterberger zusammen mit Herrn Gerhard Oberer gegründet. Herr Oberer wird für drei Jahre daran beteiligt sein.

ASZ Neu

Ein schriftliches Angebot für den Verkauf des Grundstücks von Herrn Moosbacher (Waisenegg) liegt der Gemeinde vor, dieses ist jedoch nicht verbindlich. Die

betreffende Fläche wäre eine von mehreren Standorten, die der Gemeinde angeboten wurde (ein weiterer in Waisenegg), aufgrund der fehlenden Zufahrt und Widmungslösung ist der Bau eines ASZ auf diesem Grundstück jedoch vom Tisch. Musterabfallzentren werden beichtigt und der Ausschuss wird darüber beraten, ob statt vier ASZ eine neue Lösung gefunden werden soll oder ob Teillösungen umgesetzt werden. Der Wunsch nach einem flexibleren Dienstleistungsangebot ist groß.

Vzbgm. Derler: Die Kosten für einen solchen Bau wären enorm und die Notwendigkeit ist nicht gegeben, da die bestehenden ASZ derzeit nicht baufällig sind. Außerdem kann man ebenso beschließen, dass z.B. an einem anderen Tag jedes der vier bestehenden ASZ an einem Tag geöffnet hat, damit die Bürgerfreundlichkeit nicht zu kurz kommt.

Bgm. Derler: Ich habe nie behauptet, dass diese baufällig wären, es soll nur der Service für die Bürger ausgebaut werden.

Nachfolge Dr. Hoffmann-Moder

Wir stehen in Verbindung mit der Gebietskrankenkasse und der Ärztekammer. Leider haben bis dato alle angefragten Ärzte abgelehnt. Die Kassenverträge sind nicht mehr interessant. Derzeit läuft die dritte Ausschreibung. Eine Teilung der Kassenstelle auf zwei Ärzte wäre ebenso denkbar.

FPÖ-Hafner: „Wir brauchen 50 Millionen Euro mehr für unsere Landesstraßen!“



Im Rahmen der außerordentlichen Landtagssitzung am 24. Mai 2016 wurde der Leobener Anton Lang (SPÖ) in die Landesregierung gewählt. Er folgt dem nunmehrigen Infrastrukturminister Jörg Leichtfried (SPÖ) nach. Die FPÖ konfrontierte den neuen Landesrat mit den bevorstehenden Herausforderungen in seinem Ressort. „Verkehrswege sind die Lebensadern der Steiermark,

deshalb muss es in diesem Bereich endlich zur dringend erforderlichen Budgetaufstockung kommen. Nur durch den Erhalt und Ausbau der Straßeninfrastruktur ist es möglich, die Stärkung des ländlichen Raumes entsprechend sicherzustellen“, so FPÖ-Verkehrssprecher Erich Hafner in Richtung des neuen Landesrates.

Zudem erwarten sich die Freiheitlichen auch in den Ressorts Umwelt, Sport, Naturschutz, Tierschutz und Bau- und Raumordnung eine ambitionierte und zukunftsorientierte Politik im Sinne der Steirer.

Das „Berndorfer Modell“ - Förderung der familieninternen Kindererziehung

Eltern müssen frei über die Aufteilung von Haushaltsführung, Kindererziehung und außerhäuslichen Erwerb entscheiden können. Aufgrund der derzeitigen Ausgestaltung der Familienförderung auf Bundes- und Landesebene ist diese „echte Wahlfreiheit“ leider nicht gegeben.

Durch das Kinderbetreuungsgeld (KBG) soll ein „wichtiger Beitrag für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ geleistet werden. Beim KBG stehen zwei Systeme zur Auswahl. Das erste System ist das pauschale Kinderbetreuungsgeld, das Eltern unabhängig von einer vor der Geburt des Kindes ausgeübten Erwerbstätigkeit erhalten. Bei dieser Form kann zwischen vier Varianten gewählt werden: 30+6 (monatliches Einkommen ca. 436 Euro), 20+4 (monatliches Einkommen ca. 624 Euro), 15+3 (monatliches Einkommen ca. 800 Euro) und 12+2 (monatliches Einkommen ca. 1.000 Euro). Das zweite System, das einkommensabhängige Kinderbetreuungsgeld, hat die primäre Funktion, jenen Eltern, die sich nur für kurze Zeit aus dem Berufsleben zurückziehen wollen und über ein höheres Einkommen verfügen, die Möglichkeit zu geben, in dieser Zeit einen Einkommensersatz zu erhalten (Quelle: www.bmfj.gv.at).

Aus der sogenannten „Monatsstatistik“ des BMFJ geht hervor, dass im April 2016 insgesamt 127.526 Personen in Österreich das KBG in Anspruch genommen haben. Mehr als die Hälfte der Bezieher, nämlich 65.543, haben sich für die Variante „30+6“ entschieden. Sie erhalten monatlich also lediglich 436 Euro. Ein Viertel (32.906) der KBG-Empfänger entschied sich für das Modell „20+4“. Ihnen bleiben 624 Euro pro Monat (Quelle: Monatsstatistik abrufbar auf www.bmfj.gv.at).

Drei Viertel der KBG-Bezieher erhalten also weniger als 650 Euro monatlich. Im Vergleich dazu beträgt die „Bedarfsorientierte Mindestsicherung“ 837,76 Euro pro Monat.

Die Salzburger Gemeinde Berndorf hat einen vorbildlichen Schritt zum weiteren Ausbau der Wahlfreiheit für Familien gesetzt. Eltern, die das zwei- oder dreijährige Kinderbetreuungsgeld beziehen, weil sie sich so lange selbst um ihre Kinder kümmern wollen, wird seitens der Gemeinde ein Zuschuss gewährt. Das Idealmodell der Gemeinde Berndorf sieht so aus, dass das Kinderbetreuungsgeld auf Mindestsicherungshöhe aufgestockt wird und sich Gemeinde, Land und Bund diesen Zuschuss zu gleichen Dritteln teilen. In Berndorf geht man nun voran und schießt 131 Euro monatlich zur dreijährigen und 68 Euro monatlich zur zweijährigen sowie den übrigen Varianten des KBG zu. Das Modell wurde im Berndorfer Gemeinderat von allen Fraktionen mitgetragen (vgl.: www.berndorf.salzburg.at/Berndorfer_Modell_der_Kinder_Familienfoerderung_einstimmig_beschlossen_). Auch der Katholische Familienverband spricht sich für den Ansatz der Salzburger Gemeinde Berndorf aus (Quelle: www.familie.at/site/salzburg/familienpolitik/berndorfermodell).

Damit in der Gesellschaft wieder der „Mut zur Familie“ und der „Mut zum Kind“ aufleben, müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die es Eltern ermöglichen, selbst entscheiden zu können, ob sie ihre Kinder, vor allem in den ersten Lebensjahren, selbst betreuen oder in außerhäusliche Kinderbetreuungseinrichtungen geben wollen. Beides soll seinen Platz haben und darf nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Um die Familien in unserer Heimatgemeinde zu unterstützen und im unbestrittenen Wissen darüber, wie wichtig gerade die ersten Lebensjahre für die Entwicklung des Kindes sind, sollte auch in Birkfeld ein Fördersystem geschaffen werden, welches in den ersten Lebensjahren des Kindes ansetzt. Wir halten in diesem Zusammenhang das „Berndorfer Modell“ für ein Vorzeigeprojekt.

Wir sind für die STEIRER da!

**Büro Kunasek – Unser freiheitliches Bürgerbüro
ist für euch da:**

Telefon: +43 (0) 316/375 300
E-Mail: mkunasek@fpoe-stmk.at
Web: mkunasek.at/buergerbuero



Freistellung und Entgeltfortzahlung für den 1. Antritt zur Führerscheinprüfung



In der Vollversammlung der Steiermärkischen Kammer für Arbeiter und Angestellte am 23. Juni 2016 stellte Kammerrat Patrick Derler den Antrag auf Freistellung und Entgeltfortzahlung für den 1. Antritt zur Führerscheinprüfung mit folgender Begründung:

Schüler werden für die Führerscheinprüfung vom Unterricht freigestellt. Und da man ja nie weiß, wann man „dran“ ist, gilt die Freistellung für den gesamten Schultag. Lehrlinge erhalten je nach Kollektivvertrag den Anspruch auf das Entgelt, wenn sie durch andere wichtige, ihre

Person betreffende Gründe ohne ihr Verschulden während einer verhältnismäßig kurzen Zeit an der Leistung ihrer Dienste verhindert sind. Dies gilt insbesondere für das Aufsuchen einer Ärztin bzw. eines Arztes oder Ambulatoriums, für Behördenwege sowie zum 1. Antritt zur Führerscheinprüfung (ausgenommen die Klasse A), falls dies außerhalb der Arbeitszeit nicht möglich ist. Im Zeitalter der Gleichbehandlung darf es solche Unterschiede zwischen Lehrlingen und Schülern nicht geben. Um die Lücke der Wertigkeit zwischen Lehrlingen und Schülern allmählich wieder zu schließen, bedarf es manchmal nur kleiner Schritte.



Freibadtarife Sommer 2016

Wie der unten angeführten Übersicht zu entnehmen ist, sind die Eintrittspreise des Birkfelder Freibades gleichzusetzen mit jenen von Fürstenfeld, Gleisdorf, Pöllau und Stubenberg (See). Wenn man hier jedoch die Größe der Anlagen und Attraktionen wie z. B. Rutschen, verschiedene Becken, Sp-

rungtürme oder Liegemöglichkeiten vergleicht, kann das Freibad in Birkfeld bei Weitem nicht mithalten. Aufgrund dieser Tatsache sollte man es wohl eher mit Anger, Strallegg oder Puch gleichstellen. Warum die Birkfelder dennoch fast den doppelten Eintrittspreis bezahlen, ist unerklärlich.

Name des Freibades/ Badesees	Eintrittspreise Erwachsene/Kinder
Anger	3,00 Euro / 1,50 Euro
Birkfeld	5,00 Euro / 3,00 Euro
Fischbach	3,00 Euro / 2,00 Euro
Fladnitz/Teichalm	3,50 Euro / 2,50 Euro
Fürstenfeld	5,50 Euro / 3,50 Euro
Gasen	4,40 Euro / 2,20 Euro
Gleisdorf	4,50 Euro / 2,30 Euro
Markt Hartmannsdorf	4,00 Euro / 1,50 Euro
Passail Badesees	3,00 Euro / 2,00 Euro

Name des Freibades/ Badesees	Eintrittspreise Erwachsene/Kinder
Passail Freibad	2,00 Euro / 1,00 Euro
Pischelsdorf	4,00 Euro / 2,00 Euro
Pöllau bei Hartberg	4,50 Euro / 2,50 Euro
Puch bei Weiz	3,00 Euro / 1,50 Euro
Sinabelkirchen	4,00 Euro / 2,50 Euro
St. Ruprecht/Raab	4,00 Euro / 2,00 Euro
Strallegg	3,00 Euro / 1,50 Euro
Stubenbergsee	5,50 Euro / 3,00 Euro
Weiz	4,80 Euro / 2,10 Euro

Maibaumaufstellen in Haslau



Maibaumaufstellen in Birkfeld



Ballspende USV Waisenegg



Frühjahrsempfang und FPÖ-Landesparteitag





Starke Familien für unsere Zukunft!

Mehr Mut zur Familie!

Damit das Familienleben nach eigenen Wünschen und unabhängig von wirtschaftlichen Zwängen gestaltet werden kann, braucht es eine verantwortungsvolle Familienpolitik. Aufgrund der derzeitigen Familienförderung auf Bundes- und Landesebene ist die „echte Wahlfreiheit“ zwischen Haushaltsführung, Kindererziehung und Erwerbsleben leider nicht gegeben.

Die FPÖ Steiermark setzt sich daher unter anderem für eine Familienförderung nach Vorbild des „**Berndorfer Modells**“ ein: Ziel ist es, das Kinderbetreuungsgeld auf Mindestsicherungshöhe aufzustocken.

Weitere freiheitliche Ansätze zur Förderung von Familien:

- Förderung von heimischen Mehrkindfamilien
- Umfassende Kindergeldreform und Inflationsanpassung der Familienleistungen
- Anerkennung der Kindererziehungszeiten für die Pension
- Einführung eines Schulstartgeldes in der Steiermark
- Wiedereinstieg in das Erwerbsleben sichern
- Förderung von Mehr-Generationen-Häusern
- Ausbau des Tagesmuttermodells

„*Eltern, die sich Vollzeit der Kindererziehung widmen wollen, müssen Anerkennung, Wertschätzung und Unterstützung erfahren.*“

Mario Kunasek,
Landesparteiobmann
FPÖ Steiermark



Foto: © FPÖ / Fischer